

ESV

# Recht des Adresshandels

Von

Dr. Martin Bahr  
Rechtsanwalt

---

ERICH SCHMIDT VERLAG

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter**  
[ESV.info/9783503130603](http://ESV.info/9783503130603)

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 13060 3

eBook: ISBN 978 3 503 13061 0

Alle Rechte vorbehalten.

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2011

[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US-Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Satz: Tozman Satz & Grafik, Berlin

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

## Vorwort

Datenschutzrecht wird in aller Regel als Teil des Verbraucherschutzes verstanden; als ein Abwehrrecht des einzelnen Betroffenen gegen das unbesiegt erscheinende Datenmonster. Sämtliche auf dem Markt befindlichen Bücher, die sich ansatzweise mit dem gewerblichen Adresshandel beschäftigen, stellen stets das enorme Gefahrenpotential dieses Bereichs heraus. Am Horizont wird die unendlich gefährliche Datenkrake heraufbeschworen, die uns alle in die teuflischen Tiefen des Direktmarketings hinabziehen will. In eine neue, unschöne Welt der bösen Dateninformationen.

Dieses Buch ist bewusst anders konzipiert. Als Zielgruppe hat es einzig den Unternehmer, der sich im gewerblichen Adresshandel bewegt, im Auge; sei es nun als Verkäufer, Käufer oder Nutzer von Adressdaten. Verbraucherrechte werden in diesem Buch lediglich an der Stelle erörtert, wo sie für den Unternehmer von Bedeutung sind. Der vorliegende Band soll als Leitfaden dienen, um die oftmals unklaren und widersprüchlichen Regelungen im Bereich des Datenschutzes und Direktmarketings zu meistern.

Der Autor hat viel Wert darauf gelegt, dass dieses Buch dem Leser in der Praxis weiterhilft. Auf langatmige Theorienstreitigkeiten wurde verzichtet. Weiterführende Angaben, Urteile und Aufsätze findet der interessierte Leser, der ein Thema vertiefen will, in den Fußnoten. In mehr als 90 Beispielen und annähernd 70 Praxis-Ratschlägen werden dem Unternehmer Tipps und Tricks des geschäftlichen Alltags vermittelt. Umfangreiche Checklisten und sonstige Anlagen runden das Buch ab.

Die Checklisten und weitere Informationen finden Sie auch online unter <http://www.Gewerblicher-Adresshandel.de>. Der Autor freut sich über Lob, Kritik und Verbesserungsvorschläge: [Bahr@Dr-Bahr.com](mailto:Bahr@Dr-Bahr.com).

Sach- und Rechtsstand dieses Buchs ist März 2011.

Hamburg, im März 2011

Dr. Martin Bahr

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnr.
Vorwort .....	5	
Abkürzungsverzeichnis .....	15	
<b>I. Einleitung .....</b>	<b>19</b>	<b>1</b>
<b>II. Vorbemerkung: Die verfassungsrechtlich geschützte Position des Adresshändlers .....</b>	<b>21</b>	<b>9</b>
<b>III. Überblick über Begrifflichkeiten und Definitionen .....</b>	<b>23</b>	<b>16</b>
1. Begriff der personenbezogenen Daten .....	23	17
1.1 Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse .....	23	18
1.2 Bestimmt oder bestimmbar .....	24	21
1.3 Natürliche Person .....	25	26
2. Schutzwürdige Interessen .....	26	32
3. Adresshändler .....	28	42
4. Adressverlag .....	28	45
5. Listbroker .....	29	47
6. Auskunftfei .....	29	48
7. Lettershop .....	30	52
8. Fulfillment-Service .....	30	53
9. Geschäftsbeziehungen aller Beteiligten .....	30	54
9.1 Direkte Geschäftsbeziehung zwischen Adresshändler und Werbendem .....	31	57
9.2 Listbroker-Variante .....	31	59
9.3 Lettershop- / Fulfillment-Variante .....	32	63
<b>IV. Die wirtschaftliche Bedeutung des Adresshandels .....</b>	<b>33</b>	<b>66</b>
<b>V. Die Pflichten des Adresshändlers .....</b>	<b>35</b>	<b>75</b>
1. Allgemeine Pflichten des Adresshändlers .....	35	75
1.1 Bestellung eines Datenschutzbeauftragten .....	35	76
1.1.1 Pflicht zur Bestellung .....	35	76
1.1.2 Die Person des Datenschutzbeauftragten .....	35	78
1.1.3 Die Form der Bestellung .....	36	81
1.1.4 Abberufung .....	36	83
1.1.5 Betrieblicher und externer Datenschutzbeauftragter .....	36	84
1.1.6 Rechtsfolgen bei Verstoß .....	37	87
1.2 Verfahrensverzeichnis .....	38	90
1.3 Auftragsdatenverwaltung .....	39	97
1.4 Kontrollpflichten .....	41	109

		Seite	Randnr.
1.5	Meldepflichten . . . . .	42	118
2.	Spezielle Verpflichtungen gegenüber dem Betroffenen . . . . .	43	125
2.1	Pflicht zur Auskunft . . . . .	44	128
2.1.1	Anwendungsbereich . . . . .	44	129
2.1.2	Maßnahmen zur Identifizierung . . . . .	44	131
2.1.3	Inhalt und Umfang der Auskunftspflicht . . . . .	45	136
2.1.4	Form der Auskunft. . . . .	46	141
2.1.5	Ausnahmen von der Auskunftspflicht. . . . .	47	149
2.1.5.1	Geschäftsgeheimnis . . . . .	47	151
2.1.5.2	Missbräuchliches Verhalten des Auskunftsberechtigten . . . . .	48	155
2.1.5.3	Unverhältnismäßiger Aufwand . . . . .	48	158
2.1.5.4	Geheimhaltungsbedürftige Daten. . . . .	49	160
2.1.5.5	Daten aus allgemein zugänglichen Quellen. . . . .	49	164
2.1.5.6	Erhebliche Gefährdung der Geschäftszwecke . . . . .	50	167
2.1.5.7	Inhalt der Nachricht im Fall der Auskunftsverweigerung . . . . .	50	168
2.1.6	Beweislast. . . . .	50	171
2.1.7	Rechtsfolgen bei Verstoß . . . . .	51	174
2.2	Benachrichtigungspflichten . . . . .	51	177
2.2.1	Grundsatz . . . . .	51	177
2.2.2	Ausnahmen . . . . .	51	178
2.2.2.1	Anderweitige Kenntnis. . . . .	51	180
2.2.2.2	Unverhältnismäßiger Aufwand. . . . .	52	184
2.2.2.3	Geheimhaltungsbedürftige Daten. . . . .	52	185
2.2.2.4	Daten aus allgemein zugänglichen Quellen / Listendaten . . . . .	52	186
2.2.3	Rechtsfolgen bei Verstoß . . . . .	52	187
2.3	Hinweispflichten . . . . .	53	188
2.4	Pflicht zur Berichtigung . . . . .	53	191
2.4.1	Der Begriff der Unrichtigkeit . . . . .	53	192
2.4.2	Frist zur Umsetzung der Berichtigung. . . . .	53	193
2.4.3	Benachrichtigungspflicht Dritter . . . . .	53	194
2.4.4	Rechtsfolgen bei Verstoß . . . . .	54	196
2.5	Pflicht zur Löschung . . . . .	54	198
2.5.1	Löschungsgründe . . . . .	54	198
2.5.2	Umfang der Löschung . . . . .	55	204
2.5.3	Benachrichtigungspflicht Dritter . . . . .	56	205a
2.5.4	Rechtsfolgen bei Verstoß. . . . .	56	206
2.6	Pflicht zur Sperrung . . . . .	56	208
2.6.1	Sperrungsgründe . . . . .	57	211
2.6.1.1	Bestehen konkreter Aufbewahrungspflichten . . . . .	57	212
2.6.1.2	Schutzwürdige Interessen des Betroffenen. . . . .	58	215
2.6.1.3	Unverhältnismäßiger Aufwand. . . . .	58	218
2.6.1.4	Richtigkeit der gespeicherten Daten unklar . . . . .	58	219
2.6.2	Frist zur Umsetzung der Sperrung . . . . .	59	220
2.6.3	Benachrichtigungspflicht Dritter . . . . .	59	221
2.6.4	Wirkung der Sperrung . . . . .	59	222
2.6.4.1	Grundsatz . . . . .	59	222
2.6.4.2	Ausnahme: Bestehen einer Beweisnot. . . . .	59	223

	Seite	Randnr.
2.6.5	Rechtsfolgen bei Verstoß . . . . .	60 225
2.7	Schadensersatzpflicht . . . . .	60 227
2.7.1	Voraussetzungen. . . . .	60 228
2.7.1.1	Verletzung einer Datenschutznorm. . . . .	60 229
2.7.1.2	Schuldhaftes Handeln . . . . .	61 232
2.7.2	Beweislast. . . . .	61 235
2.7.3	Rechtsfolge: Schadensersatz . . . . .	61 236
<b>VI.</b>	<b>Die Erhebung von Daten. . . . .</b>	<b>65 241</b>
1.	Erhebung direkt beim Kunden: Die Einwilligung. . . . .	65 242
1.1	Vorbemerkung: Die eierlegende Wollmilchsau . . . . .	65 243
1.2	Die zwei Ebenen der Einwilligung: Datenschutzrecht und Wettbewerbsrecht . . . . .	66 247
1.2.1	Die datenschutzrechtliche Einwilligung . . . . .	66 251
1.2.1.1	Freiwilligkeit . . . . .	66 252
1.2.1.2	Schriftlich . . . . .	68 257
1.2.1.2.1	Grundsatz: Schriftform . . . . .	68 257
	(1) Der Regelfall . . . . .	68 257
	(2) Unwirksamkeit bei Nichteinhaltung? . . . . .	69 263
	(3) Zeitrahmen der Bestätigung . . . . .	70 271
1.2.1.2.2	Ausnahme: Elektronische Variante . . . . .	70 273
1.2.1.3	Hinreichende Bestimmtheit . . . . .	71 277
1.2.1.3.1	Sachliche Reichweite . . . . .	71 278
	(1) Art des Werbemediums . . . . .	71 278
	(2) Werbebereich . . . . .	72 281
1.2.1.3.2	Persönliche Reichweite . . . . .	75 297
1.2.1.4	Transparenz . . . . .	76 301
1.2.1.4.1	Räumliche Trennung von anderen Bestimmungen? . . . . .	76 302
1.2.1.4.2	Eigenständige Zustimmungshandlung? . . . . .	77 305
1.2.1.5	Zeitpunkt. . . . .	78 309
1.2.1.6	Dauer . . . . .	78 311
1.2.1.7	Geschäftsfähigkeit . . . . .	80 325
1.2.1.8	Widerruf . . . . .	81 328
1.2.1.8.1	Grundsatz: Widerruf möglich. . . . .	81 328
1.2.1.8.2	Ausnahme: Kein Widerruf möglich . . . . .	81 332
	(1) Vertragliche Vereinbarung . . . . .	81 333
1.2.1.9	Beweisbarkeit . . . . .	82 338
1.2.1.9.1	Beweislast . . . . .	82 338
1.2.1.9.2	Beweismittel . . . . .	83 339
1.2.1.9.3	Dokumentation . . . . .	83 342
	(1) Zeitdauer . . . . .	83 342
	(2) Mindestinhalt der Dokumentation . . . . .	84 347
	(3) Anforderungen bei rein postalischer Einwilligung. . . . .	85 353
	(4) Anforderungen bei mündlich erteilter Einwilligung . . . . .	86 361
	(5) Anforderungen an elektronisch erteilte Einwilligungen. . . . .	88 369
1.2.2	Die wettbewerbsrechtliche Einwilligung. . . . .	89 377
1.2.2.1	Freiwilligkeit: Problemfall Kopplung . . . . .	89 379

	Seite	Randnr.
1.2.2.2	Schriftform . . . . .	90 384
1.2.2.3	Opt-In und Opt-Out . . . . .	92 390
1.2.2.3.1	Ausdrückliche Zustimmungserklärung . . . . .	92 390
1.2.2.3.2	Konkreter Wortlaut . . . . .	93 395
1.2.2.3.3	Werbung per Brief-Post . . . . .	94 396
(1)	Grundsatz: Zulässigkeit postalischer Werbung . . . . .	94 396
(2)	Ausnahme: Postalische Werbung unzulässig . . . . .	94 397
1.2.2.3.4	Werbung per Telefon . . . . .	95 405
(1)	Werbung nur mit Einwilligung . . . . .	95 405
(2)	Ausdrückliche Einwilligung bei Verbrauchern . . . . .	95 406
(3)	Konkludente / Mutmaßliche Einwilligung bei Unternehmern . . . . .	98 417
(4)	Verschärfung des Rechtsproblems durch das Gesetz zur Bekämpfung unlauterer Telefonwerbung . . . . .	100 426
1.2.2.3.5	Werbung per Fax . . . . .	101 433
1.2.2.3.6	Werbung per elektronischer Post (E-Mail, SMS, MMS) . . . . .	102 439
(1)	Grundsatz . . . . .	102 439
(2)	Ausnahme: Vertragliche Geschäftsbeziehung . . . . .	103 440
(a)	Verkaufszusammenhang . . . . .	104 442
(b)	Bewerbung eigener ähnlicher Waren oder Dienstleistungen . . . . .	105 450
(c)	Kein Widerspruch des Kunden . . . . .	106 454
(d)	Einhaltung der Hinweispflichten . . . . .	106 455
2.	Erhebung mittelbar: Erlaubnisnormen . . . . .	107 458
2.1	Unterscheidung zwischen § 28 und § 29 BDSG . . . . .	107 458
2.2	Anmerkung: Grundlegende Rechtsunsicherheit . . . . .	107 463
2.3	Erhebung für fremde Zwecke (§ 29 BDSG) . . . . .	110 477
2.3.1	Kein schutzwürdiges Interesse (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 BDSG) . . . . .	111 479
2.3.1.1	Anwendungsbereich: Zum Zweck der Übermittlung . . . . .	111 479
2.3.1.1.1	Adresshandel . . . . .	111 481
2.3.1.1.2	Auskunfteien . . . . .	112 484
2.3.1.1.3	Werbung . . . . .	112 487
2.3.1.1.4	Auffangtatbestand: Jede sonstige Form der geschäftsmäßigen Übermittlung . . . . .	113 493
2.3.1.2	Schutzwürdige Interessen . . . . .	114 495
2.3.2	Daten aus allgemein zugänglichen Quellen (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 BDSG) . . . . .	114 497
2.3.2.1	Das Merkmal „allgemein zugänglich“ . . . . .	114 498
2.3.2.2	Einschränkung: Schutzwürdige Interessen . . . . .	115 504
2.3.2.3	Achtung: Urheberrecht beachten! . . . . .	116 507
2.3.2.4	Überblick über die gängigsten allgemeinen Datenquellen . . . . .	117 515
2.3.2.4.1	Gewerberegister . . . . .	117 516
2.3.2.4.2	Grundbuchordnung . . . . .	117 520
2.3.2.4.3	Handelsregister . . . . .	118 523
2.3.2.4.4	Handwerksrolle . . . . .	118 525
2.3.2.4.5	Industrie- und Handelskammer . . . . .	118 528
2.3.2.4.6	Insolvenzverzeichnis . . . . .	119 529
2.3.2.4.7	Melderegister . . . . .	119 531
2.3.2.4.8	Schuldnerverzeichnis . . . . .	120 539

	Seite	Randnr.
2.3.2.4.9 Vereinsregister .....	121	541
2.3.2.4.10 GEZ. ....	121	543
2.3.3 Listendaten. ....	121	544
2.3.3.1 Streichung des Listenprivilegs. ....	121	544
2.3.3.2 Das neue Listendaten-Privileg. ....	121	546
2.3.3.2.1 Daten aus allgemein zugänglichen Verzeichnissen. ....	122	551
2.3.3.2.2 Im B2B-Bereich für die berufliche Tätigkeit .....	123	556
2.3.3.2.3 Spendensammlungen .....	124	560
2.3.3.2.4 Einschränkung: Keine schutzwürdigen Interessen. ....	124	561
2.3.3.3 Fremdwerbung .....	124	562
2.3.3.3.1 Anwendungsbereich .....	124	562
2.3.3.3.2 Transparente Nutzung oder: Die „Beate Uhse“-Problematik. ....	125	567
2.3.3.4 Aufnahme in elektronische oder gedruckte Verzeichnisse .....	127	579
2.3.3.4.1 Anwendungsbereich .....	127	580
2.3.3.4.2 Einfacher Wille des Betroffenen ausreichend .....	127	583
2.3.3.5 Datenerhebung in anonymisierter Form (§ 30 BDSG) .....	127	585
2.3.3.6 Markt- und Meinungsforschung (§ 30 a BDSG) .....	128	590
2.3.3.7 Bonitätsauskünfte .....	129	596
2.3.3.8 Erhebung von besonderen Arten personenbezogener Daten .....	129	600
2.4 Erhebung für eigene Zwecke (§ 28 BDSG) .....	130	604
2.4.1 Bei Durchführung eines Vertrags .....	130	606
2.4.2 Zur Wahrung berechtigter Interessen .....	131	614
2.4.3 Bei Daten aus allgemein zugänglichen Quellen. ....	132	617
2.4.4 Bei Listendaten .....	132	618
2.5 Übergangsvorschrift für Adressbestände vor dem 01.09.2009. ....	132	619
2.5.1 Sachliche Reichweite der Übergangsvorschrift .....	132	619
2.5.2 Wann sind alte Adressdaten alt? .....	133	626
3. Haftung .....	134	630
3.1 Strafrechtliche Haftung .....	134	631
3.1.1 Verstöße gegen das BDSG .....	134	632
3.1.1.1 Grundsatz: Bloße Ordnungswidrigkeit .....	134	632
3.1.1.2 Ausnahme: Straftaten .....	135	634
3.1.1.2.1 Gegen Entgelt .....	135	636
3.1.1.2.2 Bereicherungsabsicht .....	135	638
3.1.1.2.3 Schädigungsabsicht .....	135	640
3.1.1.3 Ein Blick in die Praxis .....	136	642
3.1.2 Verstöße gegen Normen außerhalb des BDSG .....	137	646
3.1.2.1 Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen .....	137	647
3.1.2.2 Unerlaubte Telefonanrufe. ....	138	653
3.1.2.3 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes. ....	138	657
3.1.2.4 Verletzung von Privatgeheimnissen. ....	139	662
3.2 Zivilrechtliche Haftung .....	139	665
3.2.1 Verletzung von wettbewerbsrechtlichen Normen .....	139	666
3.2.1.1 Anspruchsberechtigter Personenkreis .....	139	666
3.2.1.2 Haftungsumfang .....	140	668
3.2.1.3 Haftung auch für Handlungen Dritter .....	140	669
3.2.2 Verletzungen von datenschutzrechtlichen Normen .....	141	676

		Seite	Randnr.
3.2.2.1	Ansprüche nach dem UKlaG . . . . .	142	679
3.2.2.2	Ansprüche nach dem UWG . . . . .	142	681
3.2.2.3	Konsequenzen für die Praxis . . . . .	143	683
4.	Prozessuale Besonderheiten. . . . .	143	685
4.1	Beweislast. . . . .	143	686
4.2	Gerichtliche Zuständigkeit . . . . .	144	690
4.2.1	Fliegender Gerichtsstand bei Internet-Angelegenheiten . . . . .	144	690
4.2.2	Sonstige Besonderheiten. . . . .	144	693
4.3	Unternehmen im Ausland: Die Rettung? . . . . .	145	696
<b>VII.</b>	<b>Die Verarbeitung . . . . .</b>	<b>147</b>	<b>699</b>
1.	Reichweite der Verarbeitung. . . . .	147	700
1.1	Grundsatz: Zweckbindung der Daten. . . . .	147	702
1.2	Ausnahme: Durchbrechung der Zweckbindung . . . . .	147	703
1.2.1	Wahrung berechtigter Interessen. . . . .	148	706
1.2.2	Bei allgemein zugänglichen Daten . . . . .	148	708
1.2.3	Einwilligung. . . . .	149	710
1.3	Die Rückausnahme? . . . . .	149	712
2.	Anreicherung von Daten (sog. Veredelung). . . . .	150	718
3.	Haftung . . . . .	151	721
3.1	Strafrechtliche Haftung . . . . .	151	721
3.2	Zivilrechtliche Haftung . . . . .	151	722
4.	Prozessuale Besonderheiten . . . . .	151	723
<b>VIII.</b>	<b>Die Übermittlung von Daten . . . . .</b>	<b>153</b>	<b>724</b>
1.	Übermittlung. . . . .	153	724
1.1	Allgemeine Übermittlung. . . . .	153	725
1.1.1	Berechtigtes Interesse des Dritten . . . . .	153	726
1.1.2	Kein schutzwürdiges Interesse. . . . .	154	729
1.1.3	Kein entgegenstehender Wille des Betroffenen . . . . .	154	730
1.1.4	Kontrollpflichten des Adresshändlers . . . . .	155	732
1.2	Spezialfall der transparenten Übermittlung . . . . .	155	733
1.2.1	Listendaten. . . . .	155	734
1.2.2	Speicherung . . . . .	155	735
1.2.3	Transparenz . . . . .	155	736
1.2.3.1	Erstmalig speichernde Stelle . . . . .	156	737
1.2.3.2	„Eindeutig hervorgehen“ . . . . .	156	740
2.	Die Vertragsbeziehungen im Überblick. . . . .	157	744
2.1	Vertragsbeziehung zwischen Adresshändler und Werbendem . . . . .	157	746
2.1.1	Welcher Vertragstyp? . . . . .	157	746
2.1.2	Zeitlicher Umfang der Übertragung . . . . .	158	755
2.1.3	Vorgefertigte Adressdaten oder individuelle Erstellung? . . . . .	159	760
2.2	Vertragsbeziehung zwischen Listeigner und Werbendem . . . . .	160	766
2.3	Vertragsbeziehung zwischen Werbendem und Listbroker . . . . .	161	773
2.4	Vertragsbeziehung zwischen Listbroker und Listeigner . . . . .	161	776
2.4.1	Handeln nur im Rahmen der Ermächtigung . . . . .	162	778
2.4.2	Aufklärungspflichten des Listbrokers? . . . . .	163	782

		Seite	Randnr.
2.5	Vertragsverhältnis zum Lettershop / Fulfillment-Center. . . . .	163	787
3.	Der Adressvertrag. . . . .	164	789
3.1	Vertragstyp. . . . .	164	789
3.2	Wichtige Punkte eines Adressvertrags. . . . .	164	790
3.2.1	Gewährleistung (Haftung des Adresshändlers) . . . . .	164	791
3.2.1.1	Vorliegen eines Mangels . . . . .	164	791
3.2.1.1.1	Sach- und Rechtsmangel . . . . .	164	792
3.2.1.1.2	Absolute Mangelfreiheit oder „kleine Ausreißer“ erlaubt? . . . . .	165	795
3.2.1.1.3	Fehlen einer besonderen Beschaffenheit, von zugesicherten Eigenschaften und Garantien . . . . .	166	807
3.2.1.2	Rechtsfolgen eines Mangels . . . . .	167	810
3.2.1.2.1	Verpflichtung zur Nachlieferung? . . . . .	167	811
3.2.1.2.2	AGB-rechtliche Auswirkungen . . . . .	169	817
3.2.1.2.3	Erfolg geschuldet oder nicht? . . . . .	169	821
3.2.1.3	Gewährleistungsausschluss möglich? . . . . .	170	824
3.2.1.3.1	Ausschluss der Hauptleistungspflicht . . . . .	170	825
3.2.1.3.2	Ausschluss von Nebenpflichten . . . . .	172	832
3.2.2	Schadensersatz (Haftung des Werbenden). . . . .	172	833
3.2.2.1	Bei keiner ausdrücklichen Regelung . . . . .	172	835
3.2.2.2	Bei ausdrücklicher Regelung (Vertragsstrafe) . . . . .	175	843
3.2.2.2.1	Grundsätzliche Zulässigkeit . . . . .	175	843
3.2.2.2.2	Höhe der Vertragsstrafe . . . . .	175	845
3.2.3	Kontrolladressen. . . . .	177	856
3.2.3.1	Grundsätzliche rechtliche Zulässigkeit . . . . .	178	858
3.2.3.2	Ausdrückliche vertragliche Regelung . . . . .	178	859
3.2.3.3	Beweisrechtliche / Prozessuale Besonderheiten. . . . .	178	862
3.2.3.4	Mindestinhalt. . . . .	181	874
3.2.4	Umfang der Nutzungsrechte. . . . .	181	875
3.2.4.1	Räumlicher Umfang. . . . .	182	877
3.2.4.2	Zeitlicher Umfang . . . . .	182	878
3.2.4.3	Sachlicher Umfang . . . . .	182	879
3.2.4.4	Bei Fehlen einer ausdrücklichen vertraglichen Bestimmung . . . . .	183	880
3.2.5	Vergütung / Eigentumsvorbehalt. . . . .	183	882
4.	Haftung . . . . .	184	887
4.1	Strafrechtliche Haftung . . . . .	184	887
4.2	Zivilrechtliche Haftung . . . . .	184	889
4.2.1	Mitverantwortlichkeit des Adresshändlers. . . . .	184	891
4.2.2	Haftung des Werbenden trotz gutem Glauben? . . . . .	185	895
5.	Prozessuale Besonderheiten. . . . .	187	904
5.1	Beweislast. . . . .	187	904
5.2	Formale Klage-Anforderungen . . . . .	187	905
<b>IX.</b>	<b>Maßnahmen der Aufsichtsbehörde und Abwehrrechte des Adresshändlers. . . . .</b>	<b>189</b>	<b>913</b>
1.	Vorbemerkung: Datenschutzverletzungen primär ein PR-Problem . . . . .	189	914
2.	Die Praxis: Alle 39.400 Jahre eine Datenschutzprüfung . . . . .	189	917
3.	Die Aufsichtsbehörden . . . . .	190	925

		Seite	Randnr.
3.1	Zuständigkeiten . . . . .	190	925
3.2	Personelle Ausstattung . . . . .	192	935
3.3	Befugnisse der Aufsichtsbehörde. . . . .	193	936
3.3.1	Auskunftsanspruch gegen den Adresshändler . . . . .	193	937
3.3.1.1	Rechte der Aufsichtsbehörde. . . . .	193	937
3.3.1.2	Abwehrrechte des Adresshändlers . . . . .	194	945
3.3.2	Durchsuchungsrecht. . . . .	195	949
3.3.2.1	Rechte der Aufsichtsbehörde. . . . .	195	949
3.3.2.1.1	Verhältnismäßigkeit . . . . .	196	951
3.3.2.1.2	Geschäftsräume . . . . .	196	953
3.3.2.1.3	Einsicht nur in Geschäftsunterlagen . . . . .	196	955
3.3.2.1.4	Geschäftszeiten . . . . .	197	958
3.3.2.2	Abwehrrechte des Adresshändlers . . . . .	197	959
3.3.3	Abberufung des Datenschutzbeauftragten. . . . .	198	965
3.3.3.1	Rechte der Aufsichtsbehörde. . . . .	198	965
3.3.3.2	Abwehrrechte des Adresshändlers . . . . .	198	966
3.3.4	Sonstige Maßnahmen, insb. Beseitigung und Untersagung. . . . .	199	967
3.3.4.1	Rechte der Aufsichtsbehörde. . . . .	199	967
3.3.4.2	Abwehrrechte des Adresshändlers . . . . .	199	973
3.4	Ablauf der Aufsichtsprüfung in der Praxis. . . . .	200	978
3.4.1.	Anlassprüfung . . . . .	200	979
3.4.2	Strukturprüfung. . . . .	200	981
3.5	Gebühren für Überprüfung . . . . .	201	983
4.	Das richtige Verhalten des Adresshändlers bei Aufsichtsmaßnahmen	201	984
4.1	Grundsatz: Kooperation statt Konfrontation . . . . .	202	985
4.2	Der Tag X . . . . .	202	990
<b>Anhang:</b> . . . . .		205	
1.	Checkliste Einwilligungserklärung . . . . .	205	
2.	Checkliste Adressvertrag. . . . .	207	
3.	Checkliste Kontrolladressen . . . . .	209	
4.	Rechtsprechung zu Formulierungen bei Einwilligungserklärung. . . . .	210	
5.	Bundesdatenschutzgesetz in Auszügen . . . . .	217	
6.	Adressen der Aufsichtsbehörden im Datenschutz . . . . .	238	
7.	Übersicht über die melderechtliche Regelung in den einzelnen Bundesländern . . . . .	241	
<b>Literaturverzeichnis.</b> . . . . .		243	
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .		251	